Stand: 01.11.2025 07:20:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17796

"Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer I: Regelmäßige Erhebung der Lebenssituation von lesbischen Frauen, schwulen Männern und Transgendern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/17796 vom 14.07.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/22424 des SO vom 05.06.2018
- 3. Beschluss des Plenums 17/22778 vom 14.06.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 134 vom 14.06.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

14.07.2017 Drucksache 17/17796

Antrag

der Abgeordneten Isabell Zacharias, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert SPD

Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer I: Regelmäßige Erhebung der Lebenssituation von lesbischen Frauen, schwulen Männern und Transgendern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in ihrem "Bericht zur sozialen Lage in Bayern" ein Kapitel über die Lebenssituation von schwulen Männern, lesbischen Frauen und Transgendern aufzunehmen. Die Daten sollen als Grundlage für Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Situation dieser Bevölkerungsgruppen dienen und daher Antworten insbesondere auf folgende Fragen liefern:

- Wie beurteilen lesbische Frauen, Transgender und schwule M\u00e4nner ihre pers\u00f3nliche Lebenssituation? Welche Rolle spielt dabei das Coming-out als lebenslanger Prozess?
- (Wie) Erleben Transgender, schwule M\u00e4nner und lesbische Frauen Diskriminierung oder Gewalt wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentit\u00e4t?
- 3. Wodurch erfahren lesbische Frauen, schwule Männer und Transgender Unterstützung beim Umgang mit ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität?
- 4. Welchen speziellen Beratungs- und Unterstützungsbedarf im Zusammenhang mit ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität äußern Transgender, lesbische Frauen und schwule Männer für die Lebensbereiche Familie, Schule, Arbeitsleben, ehrenamtliches Engagement, Sport und Pflege?

Begründung:

Die Würde des Menschen ist untrennbar mit dem Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit verbunden. Dabei ist jeder Mensch als soziales Wesen auf die Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angewiesen. Wechselseitiger Respekt und die Wahrung der eigenen Identität sind hierfür grundlegend, so dass Gemeinschaft in unterschiedlichen Bindungen, im Privaten wie auch im Beruf und in Vereinen gelebt werden kann. Nur wer von seinen Mitmenschen und vor dem Recht als gleichwertig anerkannt wird, kann sein Leben selbstbestimmt gestalten und seine Potenziale entfalten. Diskriminierung und Gewalt wegen der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität einer Person widersprechen den fundamentalen Prinzipien von Selbstbestimmung und freier Entfaltung der Persönlichkeit. Der Staat hat die Pflicht, diese Prinzipien auch für Transgender, lesbische Frauen und schwule Männer zu gewährleisten. Er muss entsprechende Maßnahmen ergreifen und sich zu diesem Zweck auf valide Daten stützen.

Verschiedene nationale und internationale Studien haben sich mit dem Anteil homosexueller Menschen an der Bevölkerung beschäftigt. Zusammenfassend gehen Fachexpertinnen bzw. Fachexperten davon aus, dass fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung homosexuell, also lesbisch oder schwul sind. Damit liegt die Häufigkeit homosexueller Menschen in der Bevölkerung in einer ähnlichen Größenordnung wie der Anteil an Menschen mit einer Pflegebedürftigkeit (2,9 Prozent) oder Behinderung (13 Prozent) oder mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit (8,3 Prozent). Diesen Bevölkerungsgruppen widmet der "Bericht zur sozialen Lage in Bayern" bereits jetzt jeweils ein eigenes Kapitel. Der Anteil von Transgendern an der Bevölkerung wird von der Deutschen Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität auf etwa ein Promille geschätzt.

Empirische Untersuchungen über die Lebenssituation von schwulen Männern, lesbischen Frauen und Transgendern stehen vor besonderen Herausforderungen, weil es sich dabei um sogenannte Hidden Populations handelt. Das bedeutet, dass die genaue Größe der zu untersuchenden Bevölkerungsgruppe nicht bekannt ist, keine repräsentative Stichprobe gezogen werden kann und daher auch keine Aussagen über die Grundgesamtheit aller lesbischen Frauen, schwulen Männer und Transgender gemacht werden können. Auch in Deutschland gibt es inzwischen eine Reihe von empirischen Einzeluntersuchungen, die mit dieser prinzipiellen Problematik pragmatisch

umgehen und aus denen klare Schlussfolgerungen für politisches Handeln abzuleiten sind (exemplarisch: Claudia Krell / Kerstin Oldemeier: Coming-out – und dann...?! Deutsches Jugendinstitut 2015; Landeshauptstadt München: Unterm Regenbogen – Lesben und Schwule in München, 2004). Daten über die Le-

benssituation von lesbischen Frauen, schwulen Männern und Transgendern sollten aber regelmäßig und mit jeweils vergleichbarer Methodik erhoben und ausgewertet werden. Aus diesem Grund ist eine Aufnahme des Themas in den "Bericht zur sozialen Lage in Bayern" erforderlich.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/22424 05.06.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD

Drs. 17/17796

Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer I: Regelmäßige Erhebung der Lebenssituation von lesbischen Frauen, schwulen Männern und Transgendern

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Ilona Deckwerth** Mitberichterstatter: Florian Hölzl

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag mitbera-
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 12. April 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 5. Juni 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

14.06.2018 Drucksache 17/22778

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert SPD Drs. 17/17796, 17/22424

Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer I: Regelmäßige Erhebung der Lebenssituation von lesbischen Frauen, schwulen Männern und Transgendern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen. Der Landtag übernimmt damit diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. Mai 2018
 (Vf. 7-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der
 Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c, Art. 16 Abs. 2 Satz 1, Art. 17 Abs. 1
 Nrn. 3 bis 5, Art. 20 Nr. 3, Art. 23 Abs. 3 Nr. 3 und Art. 32a des Gesetzes über
 die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei
 (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom
 14. September 1990 (GVBI. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des
 Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017
 (GVBI. S. 388) geändert worden ist

PII/G1310.18-0008 Drs. 17/22582 (G)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	ohne

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum "Ablehnung" zugrunde zu legen.

zur 134. Vollsitzung am 14. Juni 2018

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. März 2018 (Vf. 20-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Verordnung des Landkreises Fürstenfeldbruck über den Schutz von Landschaftsteilen (Landschaftsschutzverordnung) vom 8. Oktober 1979 (ABI. Nr. 33 vom 6. Dezember 1979) PII/G1310.17-0018 Drs. 17/22581 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	团	ohne

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen.

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. April 2018 (Vf. 3-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 11 des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes (BayRiStAG) vom 22. März 2018 (GVBI. S. 118, BayRS 301-1-J) PII-G1310.18-0004 Drs. 17/22583 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Anträge sind unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	Z

zur 134. Vollsitzung am 14. Juni 2018

Europaangelegenheit

 Antrag der Abgeordneten Alexander König, Dr. Franz Rieger, Alex Dorow u.a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, COM (2018) 218 final, BR-Drs. 173/18

Drs. 17/22326, 17/22364 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	A	团	A

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer I: Regelmäßige Erhebung der Lebenssituation von Iesbischen Frauen, schwulen Männern und Transgendern Drs. 17/17796, 17/22424 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Beteiligung Bayerns am Förderprogramm, um Kinderwunsch bei verheirateten und nicht verheirateten Paaren zu unterstützen Drs. 17/19078, 17/22425 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

Anlage 1
zur 134. Vollsitzung am 14. Juni 2018

7.	Ilona Deckwerth u.a. Beschäftigte brauche	en Perspektiven: stung in Bayern absch		
		enden Ausschusses fü Jugend, Familie und Ir		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
8.	Andreas Lotte u.a. SI Bessere Verzahnung im Bereich der Breitb Drs. 17/20808, 17/22	des Bundesprogramn andförderung	ns und der Landesprog	gramme
			ı nd Verkehr, Energie uı	nd Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
9.	Martina Fehlner u.a.	erendaren verhindern!	efan Schuster,	
	Votum des federführe Bildung und Kultus	enden Ausschusses fü	r	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
10.	Stefan Schuster u.a.	staatlichen Verwaltung	, Doris Rauscher, des Freistaates Baye	rn verbessern
	Votum des federführe Fragen des öffentlich	enden Ausschusses fü en Dienstes	r	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zukunftskompetenzen an Bayerischen Schulen stärken – Perspektiven für Religionsunterricht, Ethik und Religionskunde I: Islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an bayerischen Schulen verankern Drs. 17/21152, 17/22668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zukunftskompetenzen an Bayerischen Schulen stärken – Perspektiven für Religionsunterricht, Ethik und Religionskunde II.: Ethikunterricht mit Religionsunterricht gleichstellen Drs. 17/21153, 17/22669 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
A	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zukunftskompetenzen an Bayerischen Schulen stärken – Perspektiven für Religionsunterricht, Ethik und Religionskunde III: Religionskundliche Bildung stärken

Drs. 17/21154, 17/22670 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unterrichtsversorgung an Bayerns Schulen I Zeitgemäße Datenerfassung für Bayerns Schulen Drs. 17/21220, 17/22671 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Α

Anlage 1
zur 134. Vollsitzung am 14. Juni 2018

15.	Antrag der Abgeordneten Hubert Alwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unterrichtsversorgung an Bayerns Schulen II Vertretungskonzepte an Bayerns Schulen Drs. 17/21221, 17/22672 (A)				
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
16.	Antrag der Abgeordnet Prof. Dr. Michael Piazo Unterrichtsversorgung Eigenständigkeit der S Drs. 17/21222, 17/226	olo u.a. und Fraktion (F an Bayerns Schulen II chulen stärken	REIE WÄHLER)		
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			ENTH	
17.	Antrag der Abgeordnet Prof. Dr. Michael Piazo Unterrichtsversorgung verbessern Drs. 17/21223, 17/223	olo u.a. und Fraktion (F an Bayerns Schulen I'	REIE WÄHLER)	an Schulen	
	Votum des federführer Fragen des öffentliche				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
18.	Antrag der Abgeordnet Prof. Dr. Michael Piazo Unterrichtsversorgung Drs. 17/21224, 17/226	olo u.a. und Fraktion (F an Bayerns Schulen \	REIE WÄHLER)	ute Schule	
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				

19.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schutz vor gesundheitlichen Risiken durch Tätowiermittel Drs. 17/21225, 17/22428 (E) [X]			
	Auf Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO "Zustimmung" zum abweichenden Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		团	团	
20.	 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Non scholae, sed vitae discimus – Alltagskompetenz am bayerischen Gymnasiu Drs. 17/21226, 17/22675 (A) 			
Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A		A
21.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schulgeldfreiheit für Physio-, Ergotherapeuten und Logopäden Drs. 17/21252, 17/22666 (A) 			treibl,
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		团	
22.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD) Maßnahmen zur Förderung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern Drs. 17/21254, 17/22579 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z		Z

zur 134. Vollsitzung am 14. Juni 2018

23.	 Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD Humanitäres Bleiberecht für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gew und Erweiterung des Rechtsanspruchs auf Duldung in § 60a Abs. 2 Satz 2 Aufent Drs. 17/21264, 17/22665 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen 			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	A	
24.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Ingrid Heckner u.a. und Fraktion (CSU) Stärkung der Heilmittelerbringer – Schulgeldfreiheit für die Ausbildung der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden und weiterer zugehöriger Heilberufe in Bayern Drs. 17/21280, 17/22678 (E)			
Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			Z
25.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD			

Bayernweite Umstellung des ÖPNV auf Elektrobusse mitfinanzieren Drs. 17/21443, 17/22687 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Hofübergaben und Existenzgründungen in der Landwirtschaft für eine vielfältige ländliche Entwicklung Drs. 17/21449, 17/22048 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Kommunen bei Luftreinhaltung unterstützen -

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

Anlage 1
zur 134. Vollsitzung am 14. Juni 2018

27.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht der Staatsregierung zum Jugendarrest Drs. 17/21569, 17/22664 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
28.	 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. SPD Bayerisch-polnische Beziehungen beleben I – Baldige Sitzung der bayerisch-polnischen Expertenkommission notwendingen ber 17/21577, 17/22378 (E) 			wendig
Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				1
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
29.	 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. SPD Bayerisch-polnische Beziehungen beleben II – Bilanz und Perspektiven seit dem Regierungswechsel in Polen Drs. 17/21578, 17/22379 (E) 			
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
30.	Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Georg Rosenthal, Reinhold Strobl u.a. SPD Bayerisch-polnische Beziehungen beleben III - Anliegen der Deutschen Minderheit in Polen besonderes Augenmerk schenken Drs. 17/21579, 17/22380 (E)			
Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				ı
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ